

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/80

Bonn, den 29. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>B A D E N - W Ü R T T E M B E R G</u> Zum Ergebnis der Landtagswahl	50
2	<u>Das Auslandsecho</u> NPD-Erfolge nähren Mißtrauen gegen Bundesrepublik	30
3 - 4	<u>Reist der Papst nach Moskau?</u> Viele Indizien weisen darauf hin Von Dr. Hein Kornetzki	82
5 - 6	<u>Mitteldentscher Alltag</u> Vorschläge zur Verbesserung des "Ökonomischen Systems des Sozialismus" in Mitteldeutschland Von Walther Ramm	82

\*

\*

\*

## B A D E N - W Ü R T T E M B E R G

### Zum Ergebnis der Landtagswahl

sp - Das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg ist für die SPD enttäuschend. Bei einem Verlust von durchschnittlich 8,2 Prozent im Vergleich zur Landtagswahl 1964 hat die Sozialdemokratie die Verpflichtung, dieses Ergebnis mit aller Nüchternheit und ohne Schönfärberei zu analysieren. Die Tatsache, daß die demokratischen Parteien mehr als 87 Prozent der Wähler hinter sich haben, ist zwar für die weitere Entwicklung bedeutsam, kann für die SPD aber nicht als Argument für die eigene Beruhigung gelten.

Eine erste Analyse der Wahlergebnisse zeigt, daß es der SPD in ihren Hochburgen noch nicht gelungen ist, alle bisherigen SPD-Wähler davon zu überzeugen, wie notwendig der Eintritt in die Regierung von Stuttgart und Bonn im Jahre 1966 war und was seither - zu einem wesentlichen Teil Dank sozialdemokratischer Initiativen - geleistet wurde: Die Herausführung der Wirtschaft aus der Talschle und damit die Sicherung der Arbeitsplätze und die Stabilisierung unserer Währung.

Fragt man sich, warum die SPD diese doch wohl jedem denkenden Bürger einleuchtende Leistung nicht deutlich genug darstellen konnte, dann gelangt man unweigerlich zu der Feststellung, daß mangelndes Selbstbewußtsein mit zu den entscheidenden Ursachen für die Abstinenz auch vieler sozialdemokratischer Stammwähler gehören dürfte. Hier wird anzusetzen sein, um bei kommenden Wahlen ein Ergebnis zu erzielen, das der tatsächlichen politischen Leistung der Sozialdemokratie entspricht.

Es mag zum Teil auch richtig sein, daß die Studentenunruhen während der Ostertage einen nicht unerheblichen Teil der Bürger erschreckt haben und daß diese deshalb glaubten, ihre Stimme einer sogenannten patriotischen Partei geben zu müssen, die ihnen versprach, "Ordnung zu schaffen". Aber das allein reicht nicht aus, um den Stimmenanteil der NPD zu erklären. Hier spielen irrationale Überlegungen eine Rolle, wie z. B. die in den 30er Jahren von der NSDAP bereits mit Erfolg an die Wand gemalte Angst vor den Warenhäusern, der Hinweis auf die eigene

29. April 1968

Scholle und jenes undefinierbare Gerede vom "patriotischen Geist", der auch heute noch herhalten muß, wenn man nicht genau sagen kann, was man will.

Gegen diesen Irrationalismus werden auf die Dauer nur das gesteigerte Selbstbewußtsein aller demokratischen Parteien und die Darstellung des Verhaltens jener Abgeordneten im Parlament etwas ausrichten können, die jetzt über die NPD-Listen in den Stuttgarter Landtag einziehen. Das gleiche Problem stellt sich übrigens auch in den anderen Bundesländern, in denen die NPD inzwischen in den Parlamenten verzweifelt versucht, an den Mann zu bringen, was sie in den Wahlkämpfen versprochen hat.

Allzu leicht machen es sich jene, die das Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg ausschließlich den sogenannten Unbehagen an den Regierungen der Großen Koalition in Bonn und Stuttgart zuschreiben wollen. Alle Meinungsumfragen der letzten Zeit zeigen, daß die überwiegende Mehrheit der Wähler die Regierung der Großen Koalition für gut hält. Es mag sein, daß die CDU im Augenblick noch von dieser Mehrheitsstimmung in unserem Volke profitiert.

Umso deutlicher aber wird die SPD in Zukunft zu sagen haben, welche Akzente sie für die deutsche und internationale Politik in der Regierung gesetzt hat und weiter setzen wird.

#### Das Ausländesecho

sp - Die Tatsache, daß über 87 Prozent aller Stimmen bei der Landtagswahl von Baden-Württemberg auf die demokratischen Parteien (CDU/SPD und FDP) entfielen, erregt in der Auslandspresse weniger Aufmerksamkeit und Würdigung als die Erfolge der NPD. Sie stehen im Mittelpunkt aller Betrachtungen, die von Sorge und Bestürzung, vor möglichen innerpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik durchtränkt sind.

Ein Echo aus den Ostblockländern lag bis zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben wurden, noch nicht vor, doch es bedarf keiner Phantasie, sich vorzustellen, wie es ausfallen wird.

Der Einzug von 2 NPD-Abgeordneten in den Landtag von Baden-Württemberg wird wieder einmal dazu herhalten müssen, die Bundesrepublik insgesamt zu verteufeln und zu verketzern. Auf dieses Thema hat sich die DDR und die Presse der Sowjetunion besonders spezialisiert. Wir sind es von dieser Seite gewöhnt und wir müssen es schmerzlich hinnehmen.

Ernster dagegen ist das neu entflammte Mißtrauen bei unseren westlichen Verbündeten und Freunden, das weniger von den Regierungen in den betreffenden Ländern ausgeht, vielmehr von der öffentlichen Meinung. Hier fehlt es an differenzierten Wertungen. Man stellt alle NPD-Wähler als militante Anhänger des Nazismus dar und ruft die Zeit des Untergangs der Weimarer Republik mit ihren schrecklichen Folgeerscheinungen für Deutschland, Europa und die ganze Welt in Erinnerung.

Es wird vieler Mühe bedürfen, dieses Deutschlandbild zu korrigieren und den richtigen Rahmen für es zu finden. - Doch unabhängig davon bleibt die betrübliche Feststellung zu treffen, daß jede für die NPD abgegebene Stimme die außenpolitische Lage der Bundesrepublik erschwert und die Gefahr einer Isolierung nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Nicht allen NPD-Wählern mag das bewußt gewesen sein, als sie ihre Stim-

me abgaben. Sie sind weder demokratisch noch national ist.

## Reist der Papst nach Moskau?

Viele Indizien weisen darauf hin

Von Dr. Heinz Kornetzki

Die Gerüchte verdichten sich immer mehr: Papst Paul VI. reist noch in diesem Jahr nach Moskau. Zuerst wurde die Aufsehen erregende Nachricht von dem jugoslawischen Regierungsblatt "Politika" verbreitet. Die Zeitung Titos ist gewöhnlich über Hintergrund-Vorgänge im Vatikan gut informiert. Einem deutschen katholischen Wochenblatt wurde aus Belgrad bestätigt, daß die Informationen aus der Umgebung des Papstes zuverlässig sind. Die grundsätzliche Absicht Pauls, die Gegen-Einladung des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny anzunehmen, sei bisher nicht dementiert worden - wurde in Belgrad nachdrücklich betont. Dort verweist man zudem auf ein bemerkenswertes Indiz, das der Moskauer Korrespondent der Belgrader Zeitung aufgespürt haben will: Die übliche kommunistische Propaganda gegen Kirche und Religion, die das Verhältnis zwischen Rom und Moskau seit Jahrzehnten schwer belastet, wird auffallend gedrosselt. Der Kreml - so heißt es - bemühe sich offensichtlich um einen neuen Kurs gegenüber der katholischen Kirche.

Aber auch im Vatikan deuten Vorgänge auf eine Klima-Bereinigung hin, die als Vorleistung der Kirche für einen Dialog mit der Repräsentanz des Weltkommunismus durchaus infrage kommen können. So ist das vatikanische Staatssekretariat darauf bedacht, daß die profilierten Anti-Kommunisten der Kirche neuerdings im Hintergrund bleiben. Offen werden die Namen theologischer Experten genannt, die buchstäblich auf die Hörer geschickt wurden, um stillen Dienst in der Seelsorge zu tun. Traditionelle Begriffe wie "Martyrerkirche" oder "Kirche des Schweigens", die einen Anti-Kommunismus implizieren und Ressentiments entfachen, sind verpönt. Der vatikanische Informant eines deutschen Informationsdienstes weiß zu berichten, daß die übliche Messe in der Basilika Maria Maggiore für die "Verfolgte Kirche" nicht mehr gelesen werden darf und die römische "Ausstellung über die Martyrerkirche" geschlossen wurde. Bekannt geworden ist ferner, daß der polnischen Gemeinde in Rom nicht gestattet wurde, den jährlichen Gottesdienst für die polnischen Kriegsgefangenen zu feiern, die in Katyn von den Sowjets ermordet worden sind.

Die nachkonziliare Kirche - so scheint es jedenfalls - will keine Kirche gegen den Kommunismus sein. Sie will, frei von konventionellen Belastungen, Kirche sein für alle Menschen guter Willens. Dazu gehört auch der faire Dialog mit dem Kommunismus, der seit dem großen Papst des Umbruchs, Johannes XXIII., in greifbare Nähe gerückt ist. Sein Testamentsvollstrecker, Paul VI., hat diesen Dialog ins Zentrum seiner Enzyklika "Ecclesiam suam" gestellt.

Der führende marxistische Theoretiker Frankreichs, Roger Garaudy, der mit den profilierten katholischen Theologen Karl Rahner und

Johann Baptist Metz zu den Vorkämpfern einer geistigen Begegnung zwischen Marxismus und Christentum zählt, deutete das Zweite Vatikanum als den historischen Umbruch vom Zeitalter des Bannfluchs ins Zeitalter des Dialogs. In der Tat wächst auf beiden Seiten die Erkenntnis, daß das 19. Jahrhundert überwunden werden muß, daß der zerrübende ideologische Grabenkampf mit versteinerten Argumenten der Menschheit nicht hilft, sondern sie in ständiger Angst hält. Der geschürte Haß gegen den Kommunismus, der in den Hochburgen des Christentums als eine Art heiliger Sache bewertet wurde, hat den Haß gegen das Christentum ebenso ständig provoziert wie umgekehrt. Die Geschichte des Verhältnisses von Kommunismus und Christentum war bislang nichts anderes als ein fruchtloser Circulus vitiosus, aus dem niemand ausbrach. Ein volles Jahrhundert fehlte die Selbstkritik auf beiden Seiten, das Überprüfen des eigenen Standpunktes.

Wenn sich jetzt erste Ansätze einer Lösung der Verhärtung zeigen, mag die Einsicht in die Tatsache eine Rolle spielen, daß ein Dialog geschichtlich absolut notwendig geworden ist. Der Marxist Garaudy fixiert diesen Zeitpunkt mit der Existenz der Wasserstoffbombe, wenn er feststellt: "Wir sind an jenem erregenden und tragischen Moment der Geschichte der Menschheit angelangt, da das vor einer Million von Jahren begonnene menschliche Epos scheitern kann." Mit dem Christen Teilhard de Chardin ist er sich deshalb in der Bewertung dieses Zeitpunktes einig, der "die gemeinsame Front aller" erfordert, "die glauben, daß das Universum noch immer fortschreitet und daß wir damit betraut sind, es fortschreiten zu lassen."

Eine zweite Einsicht, die einen Dialog möglich erscheinen lassen könnte, kommt hinzu. Auch im 21. Jahrhundert werden Christen und Kommunisten miteinander leben müssen. Niemand denkt heute noch daran, daß die eine oder die andere Macht voreinander kapitalisieren könnte. Deshalb wissen einsichtige Kommunisten heute, daß der Gläubige zum Wesen der Welt gehört, und vernünftige Gläubige haben erkannt, daß der Kommunismus ein nicht zu ignorierender Faktor der Gesellschaft geworden ist.

Wenn Christen und Marxisten miteinander sprechen, soll sich zwangsläufig die Erkenntnis einer gemeinsamen Verantwortung in der Welt ergeben. Und wenn die Begegnung in Moskau stattfindet, könnte sie die Möglichkeit in sich bergen, zu einem Ereignis zu werden, dessen Folgen die ganze Welt, die im Schatten der Atom-bombe lebt, spüren müßte.

### Mitteldentscher Alltag

#### Die neuen Vorschläge zur Verbesserung des "Ökonomischen Systems des Sozialismus" in Mittelddeutschland

Von Walther Ramm

Im Juli 1963 veröffentlichte der Ministerrat der DDR Richtlinien zur Änderung des Planungssystems. Das "Ökonomische System" löste den totalen Planmechanismus, der von der zentralen Planbehörde bis hinunter in den Betrieb alles anordnete, ab. Mit dem neuen Ökonomischen System wurde die Effektivität der Betriebe durch höhere Verantwortlichkeit des Einzelnen nicht unwesentlich erhöht. Seit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik sind nun nahezu fünf Jahre vergangen; trotz vieler Erfolge sind die verantwortlichen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kräfte mit den Ergebnissen noch nicht zufrieden. Der Staatsrat der DDR, dessen Vorsitzender bekanntlich Ulbricht ist, veröffentlichte dieser Tage einen "Beschluss über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus".

Der Veröffentlichung des "Beschlusses" war eine Arbeitssitzung des Staatsrates vorausgegangen, an dem führende Ressortleiter aus Wirtschaft und Staat teilnahmen.

Der Vorsitzende der "Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, legte einen "Bericht über verbesserte Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems" vor. Dr. Günter Mittag, ein führender Wirtschaftler der SED, sprach in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des "Ausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr bei der Volkskammer", zum Thema: "Ergebnisse der Untersuchungen zu Problemen der Weiterentwicklung der Planung in den Betrieben und Kombinat". Weitere Materialien wurden über die chemische Industrie, den Werkzeugmaschinenbau und das Bauwesen vorgelegt.

Die Ergebnisse der Beratungen schlugen sich in dem "Beschluss des Staatsrates" nieder. Der "Beschluss" ist in fünf Kapitel untergliedert und gibt spezifizierte Vorstellungen und Vorschläge zur Verbesserung der Planstrukturen, zur Qualifizierung von Führungskräften, zur Erhöhung der Effektivität der Wirtschaftskraft und zur "Proportionalität" der Gesamtwirtschaft wieder.

Das in etwas zähflüssigem deutsch gehaltene Dokument umschreibt in trockener Form, dass die zentralen Planungsorgane noch nicht zur vollen Zufriedenheit arbeiten. Der vorherige Planungschef, Dr. Apel, scheiterte an seiner Aufgabe und endete durch Selbstmord. In der westlichen Presse hatten sich damals abenteuerliche Kombinationen an seinen Tod geknüpft. Der jetzige Leiter, Schürer, steht nicht unter Beschuss, unter dem Apel seinerzeit gestanden hatte. In dem "Beschluss des Staatsrates" wird, vorsichtig umschrieben, auf die Verbesserungswürdigkeit der staatlichen Planbehörde hingewiesen. Weiter werden in dem "Beschluss" Maßnahmen zur Qualifizierung von Führungsorganen in Staats- und Wirtschaftsorganen, wissenschaftlichen Instituten, in Kombinat und Betrieben als erforderlich angesehen. Das ist eine Mahnung an diejenigen, die in verantwortlicher Tätigkeit stehen und ihre Aufgaben noch nicht zur vollen Zufriedenheit ausüben.

Der "Beschluss" bleibt nicht nur auf dem Papier stehen, auf das er gedruckt ist, es ergeben sich daraus Folgerungen. In vielen

Versammlungen und Diskussionen kommen die Mängel und Forderungen zur Sprache und manche Führungskraft wird fest am Portepes genommen werden.

Zu dieser Frage heisst es:

"Die komplexe Planung ist mit dem Werkträgigen in der Planungsdiskussion zu beraten...." Das heisst, dass die Diskussion um den "Beschluss" in die Betriebe, Ämter und Kombinate hineingetragen wird. Über die SED-Betriebsgruppen und Gewerkschaftsgruppen werden die Mängel am Einzelobjekt und an den Personen aufgezeigt werden. Den Forderungen zur Änderung der Mängel kann somit durch moralischen Druck von unten Nachdruck verliehen werden.

Auf der höchsten Eben wird im Juni in der "Volkskammer" eine Aussprache über das "Ökonomische System" stattfinden. Im Zusammenspiel vielfältiger Kritiken sollen die Mängel nicht nur aufgezeigt, sondern die Verantwortlichen zur Verbesserung und Erhöhung der Wirtschaftskraft angehalten werden.

Im "Neuen Ökonomischen System" wirken zur Verbesserung der Produktivität mehrere Elemente zusammen. Die sogenannten "Hebel" erhöhen die materielle Interessiertheit des Einzelnen wie des Kollektivs. Der moralische Druck, dem im alten System eine wichtige Rolle zukam - der aber meistens nutzlos verpuffte - wird jetzt unter anderen Voraussetzungen mit der "materiellen Interessiertheit" kombiniert angewendet. Betriebsleitungen und Belegschaften bilden unter diesen Bedingungen keine verschworene Einheit gegen "oben" mehr, weil für schlechte Führung und mangelnde Arbeit die Lohnhöhe in Gefahr gerät, geschmälert zu werden. Mit dem Zwang dieser Mittel erstrebt die SED-Führung ein leistungsfähiges und attraktives Wirtschaftssystem, das sich der Marktwirtschaft überlegen fühlt.

Es sollte nicht vergessen werden, dass die DDR-Wirtschaft aus den Nichts heraus wieder erstanden ist und das Gebiet bereits zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt gehört.

Der Zuwachs und die Qualität der Erzeugnisse werden sich weiter relativ schnell erhöhen. - Man kann auch davon ausgehen, daß die jüngere Generation meist hochqualifizierter Techniker, Ökonomen und Manager unter Beweis stellen will, daß sie alles viel besser kann, als die älteren fast ausschließlich aus den Parteikadern hervorgegangenen Wirtschaftsfunktionäre. Diese junge Generation ist auch bereit, einen gewissen Prozeß der Entideologisierung des Wirtschaftslebens zu fördern, weil sie in der Praxis gelernt hat, daß Dogmatismus und Parteideologie häufig genug Hemmschuhe für die weitere Entwicklung der Wirtschaft waren. Insofern befindet sich die Führung der SED in Übereinstimmung mit dem Drängen jüngerer Wirtschaftsfunktionäre nach erhöhter Leistung der Gesamtwirtschaft.